Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

18.05.2011 - PM 42/2011

IG BAU-Chef zum Energiegipfel im Kanzleramt:

"Bei klug geführter Energiewende gewinnen alle Seiten."

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von der Bundesregierung ein umfassendes und schlüssiges Energiekonzept für die Zukunft. "Wir brauchen eine belastbare Strategie, die auf den zwei Säulen neue Energiequellen und Energieeinsparung ruht", sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel anlässlich seiner Teilnahme am Energiegipfel mit Kanzlerin Angela Merkel in Berlin. "Ziel muss es sein, die Sicherheitsinteressen der Menschen und gleichzeitig die Klimaziele sozialverträglich unter einen Hut zu bekommen", betonte er. Dazu gehöre auch ein zügiger und umweltverträglicher Netzausbau in Deutschland. Insbesondere die Nutzung von Erdkabeln bietet die Chance, Umwelt- sowie Anwohnerinteressen zu berücksichtigen und die regionale Wirtschaft zu stärken.

In dem Umstrukturierungsprozess liegen Chancen für Umwelt und Gesellschaft. "Neue effiziente Umwelttechnologien bieten Standort- und Wettbewerbsvorteile und schaffen gleichzeitig viele Arbeitsplätze", betonte Wiesehügel. "Wenn die Regierung die Energiewende klug steuert, kann es gelingen, dass alle Seiten dabei gewinnen." Beispielhaft zeigt sich der positive Effekt von politisch unterstütztem Umweltschutz bei der CO2-Gebäudesanierung. Im vergangenen Jahr haben die durch den Bundeshaushalt finanzierten KfW-Programme für energieeffizientes Bauen und Sanieren knapp 350 000 Arbeitsplätze gesichert und Investitionen von rund 20 Milliarden Euro angestoßen. Insgesamt führten die Maßnahmen zu Einsparungen von etwa 2,5 Millionen Tonnen CO2. Hinzu kommen dauerhaft sinkende Energierechnungen und Wertsteigerungen bei Immobilien.

Im kommenden Jahr sollte nach ursprünglichen Regierungsplänen die Bundesförderung für die KfW-Programme gestrichen werden. Wiesehügel forderte hier endlich klare Aussagen: "Will die Bundesregierung mit ihrer Energiewende glaubhaft sein, muss sie im Haushalt 2012 die CO2-Sanierung von Gebäuden wieder mindestens mit zwei Milliarden Euro fördern und diese Mittel auch zukünftig bereitstellen." (2025 Zeichen)

